

Der Gesellschafter

Amts- und Sportwirtsch. Geblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten „Feststücken“ „Unsere Heimat“ „Heute Sportwirtsch.“ „vom Tage“

Bezugspreis: 1.50 M. jährlich. Trägervorschuss 10 Pfennig. Erscheint an jedem Werktag. Vertriebspreis: 10 Pfennig. Druck und Verlag von G. W. Zoller (Inh. Karl Zoller) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Einzelhefte: 1 spaltige Vorgabe-Zeile oder deren Raum 20 J. Familien-Anzeigen 15 J. Kassenanzeigen 20 J. Sammel-Anzeigen 50% Zuschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Stellen, wie für telefon. Anzeigen und Adress-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfisch. No. Stuttgart 5118

Nr. 213

Geüündet 1827

Montag, den 12. September 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Tagespiegel

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist in der Nacht zum Montag zur zweiten Herbstfahrt nach Brasilien, und zwar nicht nach Pernambuco, sondern nach Rio de Janeiro gestartet.

Auf die Bitte des Reichspräsidenten Göring hat sich der Herr Reichspräsident bereit erklärt, die Vertreter der NSDAP, des Zentrums und der Bayer. Volkspartei schon am Montag (statt Dienstag), nachmittags 5 Uhr, zu empfangen. Den Blättern zufolge wird aber der Reichspräsident daran festhalten, daß diese Parteien einen von den Parteien unabhängigen Reichstagskanzler anerkennen, die Aufhebung der letzten Notverordnung verhindern und eine von den Parteien unabhängige Regierungsführung vortragen.

Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Tätigkeit des neuen Vertrauensmanns der Reichsregierung, Fehr, v. Cersner, nicht auf Bayern beschränkt, sondern sie gilt auch für Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen. Cersner wird seinen Amtssitz in Berlin haben. Gegenüber solchen Zeitungsgerüchten erklärt Reichswehrminister v. Schleicher, die ihm angebotene Unterstützung eines von den Parteien gebildeten Kabinetts würde er für eine Verhinderung einer unabhängigen Präsidialregierung und für eine Intrigue gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten halten, die er unbedingt ablehnt.

Der Bundesvorstand des Stahlhelm tagte am Samstag und Sonntag in Magdeburg, um die politische Lage und die weiteren Aufgaben, wie sie sich nach der Stahlhelmtuntdgebung in Berlin ergeben haben, zu besprechen.

Der Flottenbund deutscher Frauen hat der Volkspende für ein neues Segelschiff, „Erfah“, 30 000 Mark überwiesen.

Bei der Berliner Kollifahrtsellschaft ist am Samstag ein wilder Streik ausgebrochen. Der Bahngüterverkehr ist nicht gestört. In Jena wird beschlagnahmt die Polizei in der Wohnung eines Arbeiters eine geheime kommunistische Druckerei.

Am Sonntag wurde in Stockholm der Kongreß des protestantischen Weltbundes, der 62 Kirchen in 23 Ländern Europas umfasst, in Anwesenheit von etwa 400 Vertretern eröffnet. Mit der Tagung war eine Feier der 300jährigen Wiederkehr des Todes des Königs Gustav Adolf verbunden. Am Grab des Erzbischofs Soederblom in Uppsala wurde ein Kranz niedergelegt.

Nach der Bekanntmachung der Konkursverwaltung in Stockholm betragen die Schulden Krengers 1170,8 Millionen, die Vermögenswerte nur 98,4 Millionen Kronen.

Bei der französischen Staatsbankrottumwandlung handelt es sich um einen Gesamtbetrag von 85 Milliarden Franken (etwa 14 Milliarden Mark), wovon 67 Milliarden (11 Milliarden Mark) sich im Besitz der öffentlichen Kassen befinden.

Das Werkjahr der Studenten

Der Plan des Studentenwerks

Berlin, 10. Sept. Wie bereits kurz gemeldet, plant die Reichsregierung vom 1. April nächsten Jahres an die Einführung eines Werkjahrs der Studenten, das nach Abschluß der höheren Schule eingeschaltet werden und dem Hochschulstudium vorangehen soll. Kurzzeit ist des Reichsministeriums des Innern damit beschäftigt, die Einzelheiten des Plans auszuarbeiten, wonach dann abschließende Verhandlungen mit den Ländern und den Hochschulen aufgenommen werden sollen.

Es handelt sich in erster Linie um den Plan, den das Deutsche Studentenwerk vorgelegt und den sein Mitbegründer und Leiter Dr. Reinhold Schairer, der Verfasser des Buchs „Die akademische Berufsnot“ entworfen hat. Danach soll das Werkjahr als praktisches Arbeitsjahr zwischen Reifeprüfung und Hochschule für alle Studierenden eingeschaltet werden. Die am 1. April 1933 zur Hochschule gelangenden Abiturienten würden also ihr Hochschulstudium erst ein Jahr später beginnen. Es würde sich daraus zunächst eine einmalige Entlastung der Hochschulen in der Stärke eines Jahres, d. h. um rund 30 000, ergeben. Eine weitere Abkürzung von den überfüllten Hochschulen wäre unter Umständen auch daraus zu erwarten, daß nach einem Jahr praktischer Arbeit mancher von der akademischen Ausbildung absteht, womit zugleich eine gewisse Selbstauslese eintreten würde.

Neben diesen Erwägungen sieht man in dem akademischen Werkjahr vor allem aber einen wertvollen Faktor für die persönliche Entwicklung des Studierenden und für das spätere Studium. Aus der engen Fühlung mit handarbeitenden Volksschichten erwartet man eine Hebung sozialer Gegensätze im allgemeinen, aus dem Zwang zur Selbstverantwortung, zu einfachen Lebensformen in größerer Gemeinschaft und aus dem Einblick in das praktische Leben, das körperliche und geistliche Selbstbeherrschung verlangt, gute erzieherische Wirkungen für den einzelnen.

Die Erörterungen drehen sich zurzeit vor allem um die Frage, ob man die Abiturienten vor Beginn des Werkjahres bereits in die Hochschulgemeinschaft einfügen und der akademischen Disziplin unterwerfen soll. Der Vorschlag des Studentenwerks bemerkt sich in dieser Richtung. An amtlicher Stelle vertritt man die Meinung,

daß man zwar eine Beziehung zur Hochschule wird herstellen müssen, daß aber andererseits der Entschluß des Abiturienten zum späteren Studium vor Beginn des Werkjahres stannfällig sein müsse. Wie hier eine Scheidung zwischen den Abiturienten, die studieren wollen, und denen, die diese Absicht von vornherein nicht haben, eintreten soll, wird, wie verschiedene andere Fragen, den Verhandlungen, die in dieser Woche abgeschlossen werden sollen, vorbehalten bleiben.

Ueber die praktische Durchführung sieht der Vorschlag des Studentenwerks folgendes vor: Das Werkjahr würde mit besonderen Kurien über das Wesen der Hochschulgemeinschaft und über Idee und Ziel des Werkjahres beginnen, nach etwa vier Wochen würden Werkjahre eingerichtet, in denen die Abiturienten mindestens drei Monate gemeinsam mit Jungarbeitern und Jungbauern zu verbringen hätten. Die hier zu verrichtenden Arbeiten würden sich im wesentlichen im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes halten und sich im Sommer vorzugsweise auf Erntearbeiten, für welche Abiturienten auf adriatische und Hausarbeiten erwidern. Die übrige Zeit würde praktischer Einzelarbeit gewidmet sein. Hierbei ist Verzichtung jeglicher Art ungelerner Handarbeit vorgesehen, wobei nach Möglichkeit eine Aufteilung im Hinblick auf das spätere Studium zu erfolgen hätte. Gedacht ist dabei für Jurastudierende an Büroarbeiten im Gerichtsbetrieb, für Medizinstudenten an Hilfsarbeiten in der Krankenpflege — an Arbeiten, wie sie ähnlich in der Praktikantenzeit des Ingenieurs und Architekten bereits jetzt vorgegeben sind.

Neue Nachrichten

In Erwartung der Entscheidung

Berlin, 11. September. Dem Empfang der Parteiführer der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beim Reichspräsidenten am Dienstag wird auch der Reichskanzler beiwohnen. Der Reichspräsident hat dem Reichstagspräsidium bekanntlich erklärt, daß das Kabinetts Papen in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung sein volles Vertrauen habe. Der Besuch der Parteiführer würde daher zweifellos sein, wenn sie nicht ganz gewichtige Gründe, vor allem ein stichhaltiges Arbeitsprogramm vorbringen könnten. Die drei Parteien legen daher ihre Bemühungen um die Fertigstellung eines solchen Programms mit Eifer fort, wofür ihnen drei Tage Frist bleibt.

Die Stimmung für Auflösung des Reichstages hat auch bei der NSDAP, abgenommen. So schreibt der Berliner „Angriff“, der stark für die Auflösung eingetreten war: Eine Auflösung, welche die Auflösung vermeiden könnte, wäre sowohl tragbar, als der NSDAP gegeben wird, was sie mit Recht fordern kann. Falls in dieser Richtung aussichtsreiche Verhandlungen von der Gegenseite noch angebahnt werden sollten, würde eine gewisse Verlangsamung der Abwicklung der Verhandlungen im Reichstag möglich sein.

In der Reichstagsitzung am Montag, die um 3 Uhr nachmittags beginnt, wird lediglich die Regierungserklärung des Reichskanzlers entgegengenommen. Der geschäftsführende Ausschuß des Zentrums tritt am Montag vormittag zusammen.

Der Reichskanzler hatte am Freitag eine Besprechung mit Vertretern der Grünen Front, den Herren Dr. Brandes (D. Landwirtschaftsrat), Fehr und Hermes, Graf Raldreuth (Reichslandbund).

Schwere Opfer in Thüringen

Weimar, 11. Sept. In einer großen Versammlung in der Weimar-Halle teilte Staatsrat Dr. Weber mit, aus früheren Jahren sei ein Fehlbetrag im Staatshaushalt von 32,9 Millionen vorhanden, der im laufenden Rechnungsjahr um 10 Millionen sich erhöhen werde. Innenminister Sauer kündigte an, alle, die noch in Arbeit stehen und die noch Besitztum und Geld haben, werden schwerste Opfer bringen müssen für den Landesarbeitsdienst, für den bis zum Sommer nächsten Jahres 10 000 junge Thüringer organisiert werden sollen. Der Volksbildungsmittler teilte mit, in den letzten Jahrgängen sämtlicher Schulen Thüringens soll im letzten Viertel des Schuljahrs der Vertrag von Versailles in mehreren Wochenstunden behandelt werden. Diejenigen Artikel, die dem deutschen Volk die Ehre nehmen und die ihm die Kriegsschuld andichten, müssen von den Schülern auswendig gelernt werden. Jeder Unterricht soll nach dem Gebot mit dem Herfagen dieser Artikel begonnen und beendet werden.

Reichsovertrauensmann in München

München, 11. Sept. Die amtliche Pressestelle teilt mit: Da sich im Verkehre der Reichsregierung mit der bayerischen Staatsregierung das Bedürfnis herausgestellt hat, auch persönliche Fühlungnahme zu pflegen, wurde Delegationsrat Dr. Fehr, v. Bersner als Vertrauensmann der Reichsregierung in München bestellt. — Die beiderseitigen Gesandtschaften wurden besonders feierlich auf Betreiben des Reichsbzw. Landtags aufgehoben.

England wartet ab

London, 11. Sept. Nach einer Unterredung des Außenministers Simon mit Mac Donald wurde am Freitag eine amtliche Mitteilung ausgegeben, der französische Botschafter habe dem englischen Außenminister den Inhalt der französischen Antwort an Deutschland „nicht zum Zweck der gemeinsamen Beratung, sondern nur zur Unterrichtung“ mitgeteilt. Der Außenminister habe dem Botschafter „für die Freundlichkeit der französischen Regierung gedankt“. Der englischen Regierung sei auch die deutsche Denkschrift mitgeteilt worden, sie sei jetzt also über die deutsch-französischen Unterhaltungen völlig unterrichtet.

Damit rückt die englische Regierung von dem Pariser Versuch, eine gemeinsame französisch-englische Front gegenüber Deutschland herzustellen, ab. Dieses Verhalten liegt in der Linie der bisherigen englischen Haltung, sich sozusagen als Unbeteiligter zunächst aus dem Streit herauszuhalten und erst dann einzugreifen, wenn die deutsch-französischen Verhandlungen in eine Sackgasse geraten und die Abrüstungskonferenz gefährdeten. Es ist zu begrüßen, daß die englische Regierung sich nicht ohne weiteres ins Schlepptau der Franzosen nehmen läßt und ihnen zu verstehen gibt, es handle sich um eine deutsch-französische Aussprache, was auch von deutscher Seite beabsichtigt war. Daraus jedoch Schlüsse für eine deutschfreundliche Stellungnahme gegenüber den deutschen Forderungen zu ziehen, wäre ein Irrtum.

Die Pariser Presse ist von der amtlichen englischen Mitteilung ziemlich enttäuscht. „Petit Parisien“ berichtet, die französische Antwort werde nunmehr unter alleiniger Verantwortung Frankreichs an Deutschland gegeben und voraussichtlich am Montag veröffentlicht werden.

Die französische Antwort in Berlin übergeben

Paris, 11. Sept. Der französische Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Lebrun am Samstag hat die Antwort Herriots auf die deutsche Denkschrift einstimmig gutgeheißen. Das Schriftstück wurde nachmittags durch einen Sonderkurier dem französischen Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, überbracht, der es am Sonntag vormittag dem Reichsaußenminister v. Neurath übergab.

Einberufung des Abrüstungsbüros

Genf, 11. Sept. Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat das Büro der Konferenz auf 21. September nach Genf einberufen.

Revolutionäre Gütereuteignung in Spanien

Madrid, 11. Sept. Die Kammer hat mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf der Regierung angenommen, daß sämtlicher Landbesitz des früheren spanischen Hochadels entschädigungslos enteignet werden soll. Ministerpräsident Azana erklärte, die Maßnahme sei revolutionär, aber zum Wohle der Republik notwendig. — Nach dem letzten Ausschuss war die Einziehung der Landgüter der Teilnehmer am Putsch beschlossene worden. Jetzt werden auch die Güter solcher Personen vom Staat übernommen, denen keinerlei feindliche Haltung gegen die Republik nachzuweisen ist.

Kämpfe an der Grenze von Paragon

Paris, 10. Sept. Wie Havas aus Buenos-Aires meldet, haben paraguayische Truppen das Fort Samacay (?) wieder erobert. Am das Fort Bouqueron tobte seit Freitag früh ein Kampf. Die paraguayischen Truppen erhielten fortgesetzt Verstärkungen. In Asuncion werden Vorkehrungen getroffen, um einen Luftangriff auf die Stadt abzuwehren.

Das Außenministerium von Paraguay gibt bekannt, die Regierung erwarte Ausschluß über die Haltung der Neutralen. Sie werde den Völkerverbund über die Chocotfrage unterrichten und Beschwörde über Voltoien erheben, das die Feindseligkeiten eröffnet habe, ohne Paraguay den Krieg zu erklären, und den Völkerverbund darauf aufmerksam machen, daß Paraguay die Rechte, die ihm auf Grund der Notwehrverteidigung zustehen, in Anspruch nehme.

Württemberg

Stuttgart, 11. Sept. Rettungsmedaille. Der Staatspräsident hat dem Kaufmann Otto Ulmer in Badnang die Rettungsmedaille verliehen.

41 000 Sommer-Urlaubsstellen in Stuttgart. Auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof wurden vom 1. Juni bis 31. August d. J. 41 000 Sommer-Urlaubsstellen im Wert von 890 000 Mark ausgegeben. Für die Ferienbesucher betrug die Zahl der abgegebenen Karten 1700.

Schwerer Motorradunfall. Am Samstag abend fuhr auf der Leonberger Staatsstraße Charly Wimmer, Mitglied des

